

AUSGABE VOM 23. JUNI 2023

Konsequenzen aus den Clan-Krawallen im Ruhrgebiet ziehen

Die Straßenkämpfe zwischen polizeibekanntem arabischen Großfamilien im Castrop-Rauxel und Essen sowie deren Folgen werden auf Initiative von CDU-MdB Michael Breilmann in der kommenden letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause auch den Bundestag beschäftigen. Die CDU/CSU werde einen entsprechenden Bericht der Bundesregierung im Innenausschuss beantragen, so Innenexperte Breilmann. Zugleich dankte er NRW-Innenminister Herbert Reul und den Einsatzkräften der Polizei für das entschlossene Handeln. Er teile Reuls Einschätzung, dass neben organisierter Kriminalität auch Gewaltausbrüche auf der Straße zum Phänomen Clankriminalität gehörten. Die Eskalation sei auch Beispiel für eine Verachtung für den Rechtsstaat, die entschlossenes Gegensteuern erforderlich mache. Als „Showveranstaltung“ bezeichnete er die Ankündigung einer „Allianz gegen Clankriminalität“ von SPD-Bundesinnenministerin Nancy Faeser: „Der hessische Wahlkampf lässt grüßen“.

Terrorgefahr: CDU/CSU legt Antrag zum Bevölkerungsschutz vor

Der Bundestag hat am Donnerstag erstmals einen Antrag mit dem Titel [„Terroranschläge verhindern – Zum Schutz unserer Bevölkerung entschiedener gegen potenzielle Terroristen vorgehen“](#) beraten, den die CDU/CSU-Fraktion vorgelegt hatte. Im Anschluss an die Aussprache wurde die Vorlage zur Beratung in den Innenausschuss überwiesen. Die Union fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den vom Europäischen Gerichtshof eingeräumten gesetzgeberischen Spielraum zur



„Dürfen den Schutz der Bevölkerung vor Terroristen nicht dem Zufall überlassen“: CDU/CSU-Innenexperte und Mitinitiator des Antrags, MdB Michael Breilmann, kämpft seit Monaten für gesetzliche Konsequenzen aus dem verhinderten Anschlag in Castrop-Rauxel. (Foto: Privat)

Speicherung von IP-Adressen umsetzt und dabei insbesondere eine praxistaugliche Regelung zur Speicherung von IP-Adressen und Portnummern trifft, damit digitale Tatortspuren dem Verursacher sicher zugeordnet werden können sowie eine zeitlich begrenzte Speicherverpflichtung vorsieht; ein geeignetes, hohes Datenschutzniveau und gleichzeitig sichere und schnelle Abrufverfahren einführt, einschließlich einer Eilzuständigkeit der Staatsanwaltschaft bei Gefahr im Verzug. „Wie akut die Gefahr ist, hat gleich zu Beginn dieses Jahres der vereitelte Giftanschlag von Castrop-Rauxel gezeigt“, so CDU-MdB Michael Breilmann: „Nur aufgrund von Hinweisen ausländischer Nachrichtendienste konnte der in Deutschland lokalisierte mutmaßliche Terrorist anhand seiner Internetverbindungsdaten ermittelt werden. Dabei kam den deutschen Polizei- und Sicherheitsbehörden der glückliche Umstand zugute, dass der betroffene In-

ternetanbieter die dem Täter zugeordneten Bestandsdaten zum Zeitpunkt ihrer Abfrage zufällig noch nicht gelöscht hatte. Meine Heimat Castrop-Rauxel ist kein Einzelfall. In den letzten Jahren konnte die Hälfte aller Terroranschläge in Deutschland nur aufgrund von Hinweisen ausländischer Geheimdienste verhindert werden. Den Schutz der Bevölkerung wollen wir mit unserem Antrag nicht länger dem Zufall überlassen. Die Gefahr des islamistischen Extremismus ist real, jeden Tag. Innenministerin und Ampel-Koalition müssen sich daher endlich einigen und handeln - alles andere wäre verantwortungslos!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

die gewalttätigen Ausschreitungen in Castrop-Rauxel und in Essen sorgen weiter für Aufsehen. Die politische Diskussion zu den Folgen daraus ist im vollen Gan-



ge. Viele Menschen vor Ort machen sich Sorgen, sprechen mich an. Auch Bundestagskollegen fragen nach. Mein Dank gilt den eingesetzten Polizei- und Rettungskräften. Die Polizei konnte die Tumulte beruhigen, allerdings wurden einige Polizisten verletzt, denen ich gute Genesung wünsche. Es kann nicht sein, dass Clanfehden, aus „Ehrgefühl“ und um zu zeigen, wer die Macht auf der Straße hat, derart eskalieren. Es muss Konsens sein, dass Clankriminalität benannt und bekämpft wird. NRW-Innenminister Herbert Reul ist seit Jahren glaubwürdiger Vorkämpfer gegen Clankriminalität und setzt auf eine Strategie der tausend Nadelstiche mit Razzien und regelmäßigen Kontrollmaßnahmen, damit Clans keine ruhige Minute haben. Die Kritik der SPD mutet seltsam und durchsichtig an.

Die Ratsgremien in Castrop-Rauxel werden sich nun zeitnah mit den Vorfällen befassen müssen, auch im Rahmen der Sicherheitskooperation Ruhr. Ich werde konkrete Sicherheits- und Präventionskonzepte einfordern, darauf können sich die Menschen verlassen. Wir müssen ohne Scheuklappen und falsch verstandene Toleranz deutlich machen: Auch in Castrop-Rauxel gilt das Recht des Staates und nicht einer Familie.

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Strukturförderung: Union gegen Kürzungspläne

In einer Aktuellen Stunde auf Verlangen der CDU/CSU-Fraktion unter dem Titel „Strukturförderung ist Gemeinschaftsaufgabe – Ampel-Kürzungspläne stoppen“ haben die Abgeordneten am Donnerstag über die Förderung der Infrastruktur in Deutschland diskutiert. Hintergrund ist die von Bundesfinanzminister Lindner (FDP) geplante Kürzung beim Förderprogramm „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ im Bundeshaushalt 2024 von jetzt 650 auf dann 350 Millionen Euro. „Evaluierungen belegen die positiven Effekte der Investitionsförderung in den strukturschwachen Regionen“, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann. Sie schaffe Arbeitsplätze, setze zusätzliche Wachstumsimpulse und trage somit zum Abbau regionaler Unterschiede und gleichwertiger Lebensverhältnisse bei. „Die Bundesregierung muss ihre Pläne zum Förderstopp für ländliche Regionen und der Kürzung bei der Städtebauförderung zurücknehmen. Die Stärkung regionaler Wirtschaftsstruktur in strukturschwachen Regionen ist eine wichtige staatliche Aufgabe und leistet einen wichtigen Beitrag zum Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse. Mittelstand und Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Küsten- und Hochwasserschutz müssen weiter unterstützt werden. Der ländliche Raum darf nicht von der Ampel abgehängt werden“, fordert MdB Breilmann.

Fachkräfteeinwanderung: Kritik am Ampel-Gesetz

Der Bundestag hat am Freitag mehrheitlich einen Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung“ angenommen. Die Union nennt den Regierungsentwurf eine „Mogelpackung“. Deutschland brauche in vielen Branchen Fachkräfte, aber dafür müssten vorrangig inländische Potentiale noch stärker aktiviert und Menschen aus der EU für den heimischen Arbeitsmarkt gewonnen werden. CDU-MdB Michael Breilmann: „Die Anhörung im Innenausschuss hat ergeben, dass nicht die gesetzlichen Regelungen, sondern die überlangen Verfahren zum Beispiel in den Auslandsvertretungen das Hauptproblem sind. Zur Beseitigung dieses Problems trägt das Gesetz aber kaum etwas bei“. Und schließlich vermische die Ampel mit der Möglichkeit zum Spurwechsel für bis zu 160.000 Asylbewerber nun auch noch die Asyl- und Arbeitszuwanderung. „Das ist ein völlig falsches Signal. Richtig wäre es, mit einer verstärkten Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern die irreguläre Zuwanderung nach Deutschland spürbar zu begrenzen. Stattdessen schafft die Ampel ein neues Bleiberecht für nicht schutzbedürftige, irregulär nach Deutschland gekommene Migranten. Offensichtlich hat die Ampel jeden Willen zur Steuerung der Migration nach Deutschland aufgegeben. Das Asylverfahren darf nicht zu einer staatlich finanzierten Jobsuche-Möglichkeit in Deutschland werden. Die Migration der wirklichen Fachkräfte bleibt auf der Strecke“, kritisiert MdB Breilmann.

CDU/CSU-Initiative zur Stärkung des Patriotismus

Der Bundesrat hat einen Antrag des Landes Hessen für einen Gedenktag zur Geburtsstunde der Demokratie in Deutschland beschlossen und greift damit eine Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Antrag „[Verfassung und Patriotismus als verbindendes Band stärken – Tag des Grundgesetzes am 23. Mai als Gedenktag aufwerten](#)“ auf, mit dem sich in den nächsten Monaten auch die Ausschüsse des Bundestages vertieft beschäftigen werden. CDU-MdB Michael Breilmann: „Ich begrüße, dass der Bundesrat einen zentralen Punkt unseres vorgeschlagenen Programms Patriotismus aufgenommen, den 23. Mai als Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes bei der Schaffung eines neuen Gedenktages zu berücksichtigen. Die Union setzt sich für ein positives Heimatgefühl ein, das grundlegend für die Zustimmung und den Einsatz für die Bundesrepublik ist. Für mich ist klar: Wer in Schwarz, Rot und Gold nicht Einigkeit, Recht und Freiheit der Deutschen, sondern Diskriminierung und Ausgrenzung erblickt, der hat Patriotismus und die Kultur unserer Verfassung nicht verstanden. Ich kann mich über einige reflexartige Reaktionen der politischen Linken auf unsere Initiative daher nur wundern“.

Antrag zur Wohneigentumsförderung abgelehnt

Der Bundestag hat am Mittwoch einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel „[Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen](#)“ abgelehnt. Die Bundesregierung sollte nach dem Willen der Union den energieeffizienten Neubau stärker fördern und den Ländern ermöglichen, beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 Euro pro Erwachsenen und 150.000 Euro pro Kind einzuführen. Die Fraktion sprach sich auch dafür aus, die Bereitstellung des Baukindergeldes für bereits genehmigte Bauvorhaben sicherzustellen, „um Familien nicht eine wesentliche Grundlage der Finanzierung ihres Wohneigentums zu entziehen“. Außerdem sollte die Regierung den erstmaligen Erwerb selbstgenutzter Immobilien vor allem für Familien mit geringen und mittleren Einkommen fördern. „Millionen von Menschen in Deutschland träumen von den eigenen vier Wänden“, so CDU-MdB Michael Breilmann. Für viele Menschen sei dieser Traum jedoch in weite Ferne gerückt, so das Baupolitiker. „Mit unserem Antrag machen wir deutlich: Wir wollen den Traum wieder für alle ermöglichen, auch für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Die Bürger müssen sich auf Förderzusagen verlassen können. Kostentreibende Vorschriften müssen entschlackt, Genehmigungen beschleunigt werden“.

Impressum:

Ausgabe Nr. 33 der 20. Wahlperiode

23. Juni 2023

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/H. Häßler